

OWWF-Wirtschaftsforum Ukraine

Der Standort Ukraine drei Jahre nach Inkrafttreten des EU – Assoziierungsabkommens
- neue Chancen für die bayerische Wirtschaft?

Mit dieser Frage befasste sich das OstWestWirtschaftsForum Bayern (OWWF) im Rahmen des Wirtschaftsforums Ukraine am 15.11.2019 im Bayerischen Landtag.

OWWF-Präsident Eberhard Sinner, Landtagsvizepräsident Wolfgang Heubisch (FDP) und Generalkonsul Yuriy Yarmilko führten in die Veranstaltung ein – alle drei bekräftigten die Bedeutung der Ukraine für Europa. Allen Spannungen zum Trotz ist die Ukraine ein wichtiger Zukunftsmarkt mit hohem Potenzial.

Regierungsdirektor Dr. Christoph Stöckle, Bayerische Staatskanzlei, konnte diese Aussage bestätigen. Unter der Überschrift „Ukraine auf dem Weg nach Europa“ skizzierte er die zunehmende Annäherung zwischen EU und Ukraine, die nicht zuletzt auch durch den Konflikt mit Russland eine neue Dynamik entfaltet hat. Ein wichtiger Schritt war dabei das Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine am 01.01.2016.

Die direkten und indirekten Auswirkungen dieses Abkommens auf die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine waren somit Schwerpunkte des Forums.

Karl Walter, Länderbeauftragter des OWWF für die Ukraine und Vorstand des „Bayerischen Hauses Odessa“, stellte zunächst die politische und wirtschaftliche Entwicklung seit der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 dar und resümierte: Absturz der ukrainischen Wirtschaft in den 90er Jahren, ab 2001 langsamer Aufschwung, gebremst durch Reformblockaden, Korruption, Rechtsunsicherheit und Selbstbereicherung. Neben mangelnder Rechtssicherheit stellte besonders die Korruption auf allen Ebenen eine Abschreckung für Neueinsteiger in den ukrainischen Markt dar. 25 Jahre nach Erreichen der Unabhängigkeit, folgerten viele Ukrainer, dass nationale Reformbemühungen ohne externe Unterstützung nicht erfolgreich sein werden. Als am 23.11.2013 Präsident Janukowitsch die Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen als „jetzt nicht leistbar“ erklärt hat, kam es zur „Revolution der Würde“ mit Neuwahlen und einer Forcierung der Bemühungen um den Abschluss des Abkommens.

Ziel des Abkommens war vor allem die schrittweise Integration der Ukraine in den EU-Binnenmarkt, verbunden mit Abbau zentraler Handelshemmnisse und Anpassung an das EU-Rechtssystem.

Peter Wagner, Leiter der Support Group Ukraina der EU-Kommission, stellte die direkten Auswirkungen des Abkommens für den Standort Ukraine dar. Eine Vielzahl von Maßnahmen erleichtert der Ukraine nun den internationalen Warenaustausch. Besonders durch die Angleichung von Normen und Zulassungsvorschriften an EU-Standards wurden die Handelsbeziehungen angekurbelt. Ebenso erleichtert wurde der Finanzverkehr mit ukrainischen Banken und Unternehmen. Auch indirekt wirkte sich das Abkommen auf die ukrainische Politik aus: Es setzte sie unter Zugzwang bei zwingend notwendigen Reformen, der Korruptionsbekämpfung, der Justiz, Dezentralisierung, Gesundheit und vielen weiteren Handlungsfeldern.

Auf diese Reformen ging Mykhailo Bechkalov von Invest in Ukraina detailliert ein. Im Zentrum der Reformbemühungen stand und steht besonders die ukrainische Justiz. Eine unabhängige und unbestechliche Justiz ist unabdingbar für den internationalen Erfolg eines Standortes. Die vorhandenen Defizite in diesem Bereich wurden abgebaut, so dass besonders ausländische Unternehmen z. B. im Rahmen von Ausschreibungen heute mit Rechtssicherheit und gerechter Behandlung rechnen können – was sich bis vor einigen Jahren durchaus anders darstellte. Heute seien

Investitionen in den ukrainischen Markt durch ein stabiles und neutrales Rechtssystem mit EU-Ländern vergleichbar abgesichert.

Daran anknüpfend diskutierten unter der Moderation von Julian Hahn (süddeutsche Zeitung) Michael Kraus (Geschäftsführer Region Ost, FIXIT Holding), Klaus Kessler (Managing Partner Ukraine, Rödl & Partner), Matthias Klaholt (Euler Hermes AG), EU-Vertreter Peter Wagner und OWWF-Länderreferent, Karl Walter über die unternehmerische Praxis in der Ukraine in 2019. Kessler und Klaholt bekräftigten hierbei anhand ihrer Erfahrungen die inzwischen deutlich verbesserte Rechts- und Investitionssicherheit. Auch Kraus sieht die Ukraine als Standort, der an Attraktivität erheblich zugelegt hat – weshalb die FIXIT-Gruppe dort inzwischen ein zweites Werk baut. Wagner und Walter sahen beides als klare Indizien für einen Positivtrend, der durch das Assoziierungsabkommen erzeugt wurde.

Nach einer ausführlichen Analyse der aktuellen Situation und der Darstellung des Internationalen Ratings für Korruption für die Ukraine (2011 auf Platz 152 von 175 und 2019 auf Platz 120 von 175) und „Ease of Doing Business“ (2011 auf Platz 152 von 190 und 2019 auf Platz 71) folgerte Walter: das Geschäftsklima ist freundlicher, die Risiken geringer geworden; der Export deutscher Produkte auf den schnell wachsenden ukrainischen Binnenmarkt, aber auch die Produktion in der Ukraine für den Binnen- EU- und Weltmarkt werden immer attraktiver.

Für das Fortbestehen des Aufwärtstrends sieht er gute Chancen. Aus seiner Sicht werde dies auch davon abhängig sein, ob der neu gewählte Präsident Selenskij sein zentrales Versprechen halten kann, den Einfluss der lange – auf ihren eigenen Vorteil bedachten – vorherrschenden Elite weiter zu beschneiden und das Land durch eine weitere Annäherung an die EU zu öffnen und zu liberalisieren.

„Das Wirtschaftsforum Ukraine des OWWF war ein großer Erfolg. Wir haben Politik und Wirtschaft an einen Tisch gebracht, und in einer inhaltlich starken Konferenz die aktuelle Situation beleuchtet“ resümiert OWWF-Präsident Eberhard Sinner, früherer Europaminister und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei. Auch er sieht die Ukraine als Land mit großem Potenzial. Durch gute Beziehungen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur wird der Reformprozess in der Ukraine unterstützt.